

MAGDEBURG, 24.01.2012

Aktive Arbeitsmarktpolitik, Fachkräftemangel und Langzeitarbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt: Auswertung der Antwort der Bundesregierung auf eine entsprechende Parlamentarische Anfrage zur Arbeitsmarktpolitik (BT-Drs. 17/7909)

Sehr geehrte(r) Frau/Herr ...,

gestatten Sie, dass ich mich auch im gerade begonnenen Jahr 2012 wieder direkt an Sie wende, um Sie über die aktuellen Auswirkungen der Arbeitsmarktpolitik von Bund und Land sowie der Geschäftspolitik der Arbeitsagenturen und Jobcenter in Sachsen-Anhalt informiere.

Zunächst möchte ich aber wieder beispielhaft auf einige aktuelle Quellen verweisen, die in der letzten Zeit die für die wirtschaftliche Entwicklung entscheidenden Themen Fachkräftebedarf und Arbeitslosigkeit aufgegriffen haben:

- **„Volksstimme“-Artikel vom 16.01.12: Unter der Überschrift „Sachsen-Anhalts Gastronomen und Hoteliers klagen über Personalmangel“ heißt es u. a.: „Vielen Frauen und Männern, die nach der Ausbildung nicht als Kellner, Koch oder Hotelfachkraft gearbeitet hätten, fehle auch der Mut, den Schritt in ein festes Arbeitsverhältnis zu wagen, sagte Schildhauer (Anmerkung: = Hauptgeschäftsführer der DEHOGA in Sachsen-Anhalt). **Eine kurze, aber intensive Qualifizierung könnte dabei helfen, die Scheu zu überwinden. Die Bundesagentur für Arbeit sei gefordert, Arbeitslose der Branche wieder fit für den Beruf zu machen.** 60 Prozent aller Betriebe in Sachsen-Anhalt hätten weniger als 10 Mitarbeiter. Sie seien kaum in der Lage, das selbst zu leisten, sagte er.“**

VDPVerband Deutscher Privatschulen
Sachsen-Anhalt e.V.Otto-von-Guericke-Str. 86a
39104 Magdeburg

T: 0391 / 731916-0

F: 0391 / 731916-1

VDELSA@t-online.de
www.vdp-sachsen-anhalt.de**Bankverbindung**Deutsche Kreditbank
Konto-Nr.: 107 334 00
BLZ: 120 300 00**Vereinsregister**Amtsgericht Stendal
VR 11611

- **„Volksstimme“-Artikel vom 12.01.12:** Hier wird unter der Überschrift **„Tausende Selbständige am Hartz-IV-Tropf“** Kay Senius, Vorsitzender der Geschäftsführung der BA-Regionaldirektion Sachsen-Anhalt/Thüringen, u.a. wie folgt zitiert: **„Wir haben auf der einen Seite perspektivisch einen steigenden Bedarf an Fachkräften in Sachsen-Anhalt und auf der anderen Seite langfristig gesehen mehr Menschen, die den Sprung in die Selbstständigkeit gewagt haben, von dem Erlös ihrer Existenzgründung aber überhaupt nicht leben können und von der Allgemeinheit unterstützt werden müssen.“**
- In der **„Saarbrücker Zeitung“** vom 10.01.12 heißt es unter der Überschrift **„Billiglöhne kommen Staat teuer zu stehen – Untersuchung des DGB“** u.a.: **„Rund zwei Milliarden Euro musste der Bund nach einem Bericht der „Saarbrücker Zeitung“ im Vorjahr aufwenden, um Geringverdienern mit einem Vollzeitjob das Existenzminimum zu sichern.“**
- In der **„Mitteldeutschen Zeitung“** vom 04.01.12 wird unter der Überschrift **„Trüber Dezember“** auf folgenden Trend in unserem Bundesland hingewiesen: **„74 Prozent aller Arbeitslosen werden durch die Jobcenter betreut und beziehen Hartz IV. Ihr Anteil ist gegenüber dem Vorjahr um zwei Prozent gestiegen.“**
- Ebenfalls in der **„Mitteldeutschen Zeitung“** vom 30.12.11 heißt es unter der Überschrift **„Nach dem Job Hartz IV“** u.a.: **„Die Hartz-Reformen wirken: Die Zeitarbeit wächst, immer mehr Menschen arbeiten für wenig Geld. Und wenn die prekär Beschäftigten ihren Job verlieren, sind sie sofort auf Arbeitslosengeld II angewiesen. Inzwischen landen jeden Monat 61.000 Arbeitnehmer, die arbeitslos werden, direkt in Hartz IV, berichtet die Bundesagentur für Arbeit. Vor drei Jahren waren es erst 51.000.“**
- Als letztes möchte ich auf den Artikel **„In Sachsen-Anhalt werden Fachkräfte knapp“** aus der **„Mitteldeutschen Zeitung“** vom 22.12.11 verweisen. Hierin heißt es u.a.: **„Im südlichen Sachsen-Anhalt fehlen zunehmend Fachkräfte. Knapp 40 Prozent der Unternehmen können ihren Bedarf an Fachkräften nicht decken, teilte die Industrie- und Handelskammer (IHK) Halle-Dessau gestern in Halle mit Verweis auf eine Umfrage unter 600 Mitgliedern mit. Vor allem in der Baubranche, im Verkehrs- und im Gastgewerbe werde die Situation für einige Unternehmen immer prekärer. Grund für die verschärfte Lage seien die demografische Entwicklung und die Situation am Arbeitsmarkt.“**

Diese nur beispielhaft ausgewählten Presseberichte weisen aus der Sicht des VDP Sachsen-Anhalt sehr deutlich darauf hin, dass trotz des in den letzten Jahren erfolgten bemerkenswerten Rückgangs der Arbeitslosenzahlen arbeitsmarktpolitisch weiterhin viel zu tun ist. Ohnehin scheint diese zunächst einmal sehr positiv erscheinende Entwicklung eher auf demografische und statistische Effekte sowie auf die positive konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen zu sein, als auf eine erfolgreiche und nachhaltige Arbeitsmarktpolitik bzw. Geschäftspolitik der Arbeitsverwaltungen.

Zur Untermauerung dieser These möchte ich u.a. auf die als Anhang beigefügte grafische Übersicht verweisen, nach der die **Teilnehmerzahlen an zielgerichteten Weiterbildungsmaßnahmen von Arbeitslosen in Sachsen-Anhalt seit 2009 wieder stark rückläufig** sind, obwohl laut wissenschaftlichen Untersuchungen gerade diese Maßnahmen – **insbesondere bei einer bestimmten Dauer und Qualität** – am ehesten erfolgreiche Vermittlungen von teilnehmenden Arbeitslosen in sozialversicherungspflichtige, unsubventionierte und nachhaltige Beschäftigungen nach sich ziehen. Die wesentlichen ineffizienteren Arbeitsmarktinstrumente „Aktivierungs- und Eingliederungsmaßnahmen“ nach § 46 SGB III sowie „Arbeitsgelegenheiten“ (die sog. 1-€-Jobs) werden trotz eines auch hier erfolgten Rückgangs im Vergleich zum Vorjahr auch weiterhin quantitativ auf einem sehr hohen Niveau durchgeführt. Sollten nach derartigen Maßnahmen tatsächlich einmal Teilnehmer in Arbeit vermittelt werden, sind diese aber - worauf auch die aufgeführten Zeitungsartikel hinweisen – sehr häufig auf sog. „Aufstockerleistungen“ **des Staates (und somit der Steuerzahler)** angewiesen.

Wenn die Politik hier nicht nachhaltig gegensteuern sollte, wird an diesen Entwicklungstendenzen auch die zum 01.04. in Kraft tretende Instrumentenreform nichts ändern, da die Arbeitsverwaltungen aufgrund der gleichzeitig erfolgten drastischen Einsparungen durch den Bund Jahr für Jahr mit immer weniger Geld zurechtkommen müssen, obwohl der verfestigte Kern der Arbeitslosen meist nur noch mit immer erhöhteren Anstrengungen (keinesfalls aber mit kurzläufigen Aktivierungsmaßnahmen) in den 1. Arbeitsmarkt erfolgreich integriert werden kann.

Die Geschäftspolitik der Arbeitsverwaltungen ist bisher häufig leider ohnehin vorrangig auf kurzfristige Zeiträume ausgerichtet – nämlich in der Regel auf den Tag, an dem jeweils Monat für Monat die Arbeitsmarktstatistik veröffentlicht wird. Gerade mit den genannten Aktivierungsmaßnahmen und Arbeitsgelegenheiten lassen sich eben relativ kostengünstig zu einem bestimmten Zeitpunkt die von den Arbeitsverwaltungen gewünschten Effekte erzielen, was aber nicht heißt, dass hierdurch viele Arbeitslose in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse vermittelt werden würden, da die überwiegende Teilnehmerzahl nach Beendigung dieser Maßnahmen wieder in die reguläre Arbeitslosigkeit zurück fällt. Auch wenn z.B. die für Sachsen-Anhalt zuständige Regionaldirektion diesem Trend entgegenzusteuern versucht, arbeiten häufige Arbeitsagenturen und vor allem einzelne Jobcenter auch weiterhin nach der oben beschriebenen Maxime.

Dies wird auch bestätigt durch die vorliegende Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu dem Thema „Entwicklung der Budgets für Eingliederungsleistungen in den Arbeitsmarkt in Relation zur Entwicklung auf den Arbeitsmarkt“ (BT-Drs. 17/7909).

Hieraus ergibt sich u.a. folgendes Bild:

- Während die Jobcenter bundesweit die für aktive Eingliederungsmaßnahmen zur Verfügung stehenden Mittel nur zu 91,1 % (2009) bzw. gar nur zu 89,9 % (2010) nutzten, wurden die zur Verwaltung

der Bedarfsträger vorgesehenen Mittel zu 105,1 % (2009) bzw. 100,7 % (2010) (über)ausgeschöpft (s. Tabellen 6 a bis d zur Antwort der Bundesregierung).

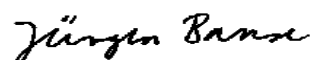
- Vergleicht man die Ausgaben der Arbeitsverwaltungen für Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) von Arbeitslosen während des ersten Halbjahres 2010 mit denen des ersten Halbjahres 2011, so ergibt sich laut Tabelle 4 b der o.g. Antwort der Bundesregierung, dass sich diese **Ausgaben innerhalb eines Jahres bundesweit um 24,3 % (entspricht einem Mittelrückgang von ca. 16,5 Mill. €)** reduzierten. Noch deutlicher war der prozentuale Rückgang der Ausgaben für Weiterbildungsmaßnahmen **in Sachsen-Anhalt** zu spüren (**- 29,6 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum**). Besonders dramatisch wirkt sich in unserem Bundesland vor allem der Rückgang der Mittelnutzung für die sog. **Reha-FbW-Maßnahmen** aus (**- 73,5 %!**).
- Ein völlig anderes Bild scheint hierzu die Tabelle 4 a zu vermitteln. Diese bezieht sich auf die Antwort der Bundesregierung zur Frage 5 der Fraktion DIE LINKE („Wie haben sich gegenüber dem Vorjahr die ... Teilnehmerzahlen für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung im Bund, den Ländern und den einzelnen Jobcentern entwickelt?“). Nach der von der Bundesregierung hierzu erstellten Tabelle scheint sich diese Teilnehmerzahl zwischen Juli 2010 und 2011 bundesweit um 22,5 Prozent, in Sachsen-Anhalt aber nur um 3,4 Prozent reduziert zu haben. Dieses angesichts der vorherigen Zahlen überraschende Ergebnis ergibt sich aber nur deshalb, weil die Bundesregierung in ihrer Antwort einfach die Bestände an FbW-Teilnehmern zu einem bestimmten Stichtag im Juli 2010 und 2011 miteinander verglichen hat, nicht jedoch, wie es die Frage der Fraktion DIE LINKE eigentlich erfordert hätte, die Anzahl der Neueintritte in FbW-Maßnahmen jeweils während der Zeiträume Januar bis Juli. Die monatlich von der Bundesagentur für Arbeit ebenfalls veröffentlichten Bestandszahlen schwanken nämlich zum Teil so stark, dass man aus der alleinigen Betrachtung dieser Zahlen keinerlei Rückschlüsse ziehen kann.

Wenn man tatsächlich eine effiziente und ehrliche (weil nicht nur kurzfristig und in erster Linie statistisch wirkende) Arbeitsmarkt- bzw. Geschäftspolitik der Arbeitsverwaltungen anstreben möchte, muss dafür Sorge getragen werden, dass die FbW-Maßnahmen wieder stärker, länger und zielgerichteter genutzt werden. Dies wäre ein entscheidender Beitrag, um die sozialen Sicherungssysteme dauerhaft wirksam zu entlasten (was z.B. durch die sog. „Aufstocker“-Arbeitsverhältnisse eben nur unzureichend geschieht) und um gleichzeitig dem immer stärkeren Fachkräftemangel entgegenzuwirken. **Hierzu bedarf es aber eines klaren Signals in erster Linie der Bundespolitik an die Arbeitsverwaltungen, weil sonst der oben beschriebene statistikhörige Trend auch während der kommenden Jahre weiter fortgeschrieben wird – mit volkswirtschaftlich sehr negativen Folgen für den Bund und die Länder.**

Ich bitte Sie daher, sich im Rahmen Ihrer Möglichkeiten für eine entsprechende Schwerpunktverschiebung der Arbeitsmarktpolitik beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie bei der Bundesagentur für Arbeit einzusetzen.

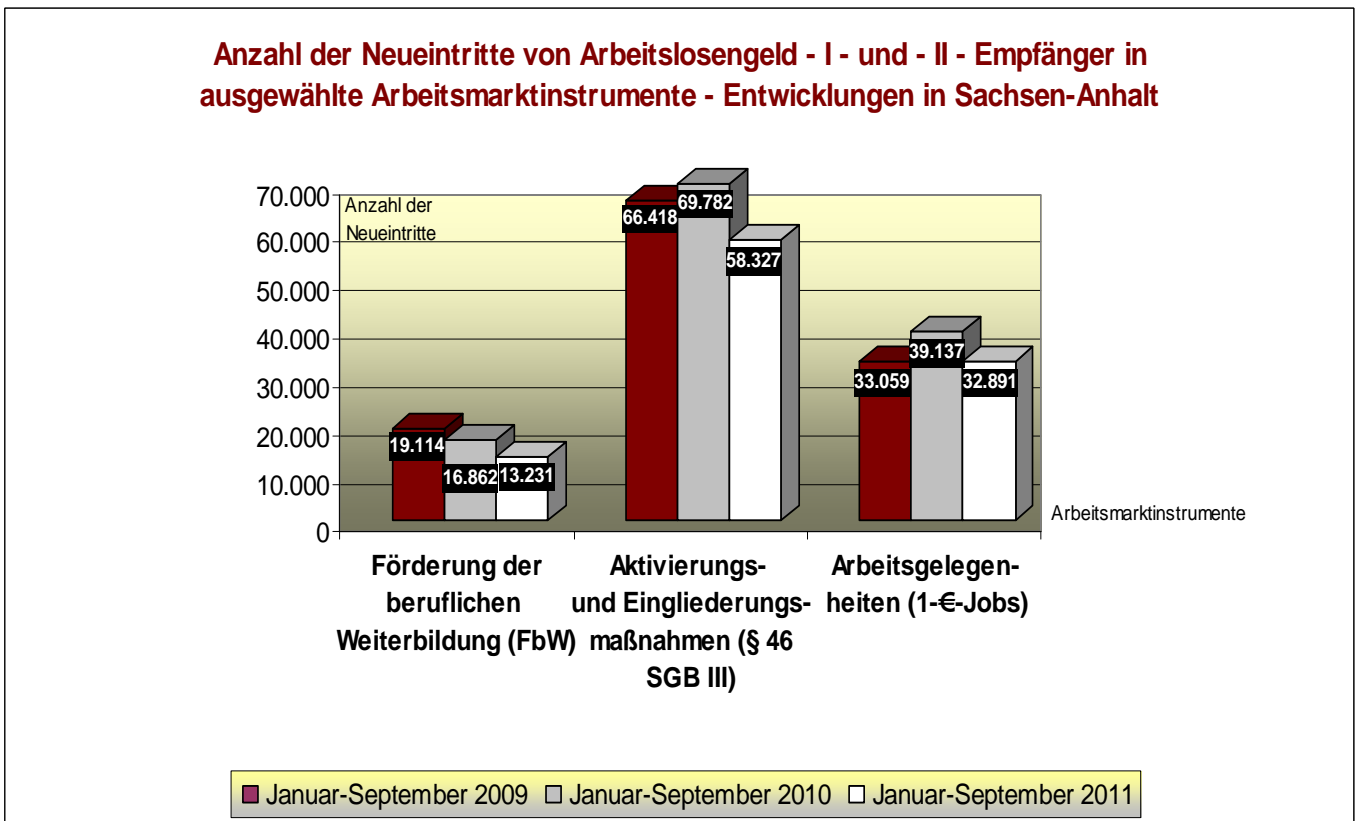
Schon jetzt danke ich Ihnen herzlich für Ihr Interesse an dieser Ausarbeitung sowie für Ihre nachfolgenden Bemühungen. Für eventuelle Rückfragen stehe ich Ihnen natürlich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Banse
- Geschäftsführer -

Verteiler:
Bundestagsabgeordnete des Landes Sachsen-Anhalt



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit